

Steer, Alissa Theresa

Article

Digitale Kontrolle: Biometrische Internetfahndung fordert die Demokratie heraus

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Steer, Alissa Theresa (2025) : Digitale Kontrolle: Biometrische Internetfahndung fordert die Demokratie heraus, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 188 (2/25), pp. 63-66,
<https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2025/f-27008.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/337107>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Digitale Kontrolle

Biometrische Internetfahndung fordert die Demokratie heraus

Im September 2024 präsentierte die damalige Bundesregierung ein neues Sicherheitspaket. Es beinhaltete erweiterte Befugnisse für Behörden, biometrische Gesichtserkennung und strengere Asylregeln. Auch die neue Regierung plant Gesetze, die Maßnahmen zur Eingrenzung von Migration und innere Sicherheit verknüpfen. Unter dem Vorwand der Terrorabwehr rücken Überwachungstechnologien zunehmend ins Zentrum politischer Steuerung – eine Entwicklung mit weitreichenden Auswirkungen auf die demokratische Gesellschaft.

Alissa Theresa Steer

Am 23. August 2024 erschütterte ein Messerangriff in Solingen die Öffentlichkeit: Ein abgelehnter Asylbewerber tötete drei Menschen und verletzte acht weitere. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ reklamierte die Tat für sich. In den Tagen danach überschlugen sich die politischen Reaktionen. Die Debatte wurde von Forderungen nach schnelleren Abschiebungen und einem härteren Vorgehen gegen sogenannte Gefährder und gegen den islamistischen Extremismus bestimmt.

In diesem aufgeheizten Klima präsentierte die Bundesregierung kurze Zeit später ihr neues Sicherheitspaket, bestehend aus zwei Gesetzesentwürfen: einem zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems und einem zur Terrorismusbekämpfung. Beide Entwürfe beziehen sich explizit auf den Vorfall in Solingen; sie sehen weitreichende Verschärfungen vor. Schnellere Rückführungen an den Grenzen, die leichtere Aufhebung des Schutzstatus für anerkannte Geflüchtete, Kürzungen von Sozialleistungen für Schutzsuchende oder ein

strengeres Waffenrecht sind nur einige der Maßnahmen, die starke Kritik von Menschenrechtsorganisationen hervorbrachten.

Besonders umstritten ist die Einführung der biometrischen Internetfahndung bei Verdachtsfällen im Gesetzentwurf zur Terrorismusbekämpfung. Ermittlungsbehörden, Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sollen demnach künftig Gesichter und Stimmen aus dem Internet und sozialen Medien oder Nachrichtenportalen automatisiert mit bestehenden polizeilichen Datenbanken abgleichen können. Die Bundesregierung betont, die Maßnahmen seien mit dem EU-Recht zum Datenschutz und dem EU-Gesetz zu künstlicher Intelligenz (AI Act) vereinbar. So ist der Einsatz im öffentlichen Raum nur unter bestimmten Bedingungen erlaubt. Für Strafverfolgung und den Schutz der „nationalen Sicherheit“ gibt es aber explizite Ausnahmen.

Eine biometrische Internetfahndung in Deutschland bedeutet de facto, dass eine staat-

liche biometrische Datenbank aus allen öffentlich verfügbaren Gesichtern geschaffen wird, jedoch ohne Einwilligung der Betroffenen. Kritiker*innen warnen vor einer umfassenden Überwachungsinfrastruktur, die Grundrechte und demokratische Teilhabe massiv beeinträchtigen könnte. Deshalb haben sich verschiedene Organisationen in Deutschland zur Initiative „Gesichtserkennung Stoppen“ zusammengeschlossen. In ihrer Stellungnahme weisen sie darauf hin, dass der Einsatz solcher Technologien die informationelle Selbstbestimmung gefährde und ein hohes Missbrauchs- und Diskriminierungspotenzial berge – ganz abgesehen von der technischen Fehleranfälligkeit.

Solche digitalen Kontrolltechnologien sind keineswegs ein neues Instrument staatlicher Migrationssteuerung. Seit den Fluchtereignissen im Jahr 2015 greift der deutsche Staat vermehrt auf digitale Mittel zurück. Insbesondere in Asylverfahren kommen Systeme wie Gesichtserkennung und automatisierte Identifikation zum Einsatz – wie etwa testweise an den Grenzen bei Görlitz und Zittau. Dabei fungieren die Technologien nicht nur als Instrument der Steuerung, sondern auch als Mittel symbolischer Politik. Angesichts migrationsfeindlicher Diskurse und wachsender öffentlicher Skepsis über eine erodierende staatliche und behördliche Sicherheitsordnung setzen Regierungen auf digitale Systeme, um Handlungsfähigkeit und Kontrolle zu demonstrieren – nach innen wie nach außen. Es werden weniger konkrete Probleme gelöst als vielmehr staatliche Souveränität inszeniert: Der Einsatz solcher Technologien vermittelt das Gefühl, Migration sei umfassend kontrollierbar.

All dem geht eine diskursive Konstruktion von Grenzen voraus – zwischen „uns“ und „den Anderen“, zwischen dem vermeintlich geordneten „Innen“ und einem bedrohlich imaginierten „Außen“. Migration erscheint zunehmend als Störung einer homogenen gesellschaftlichen Ordnung. Der Schutz dieser Ordnung rechtfertigt restriktive Maßnahmen wie Identifikation von Menschen, Ausschluss und Rückführung. Digitale Technologien übernehmen dabei eine zentrale Rolle; sie suggerieren Effizienz, Objektivität und Alternativlosigkeit. Diese technisierte Form der Kontrolle verdeckt allerdings, dass technische Systeme keineswegs neutral sind, sondern aktiv zur

Alissa Theresa Steer ist Masterstudentin im Fach Medien und politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin und als studentische Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung tätig. alissa.steer@wzb.eu

Reproduktion von Ungleichheit und Ausgrenzung beitragen.

In der Migrationsdebatte zeigt sich eine zentrale Spannung innerhalb liberaler Demokratien: Diese berufen sich normativ auf Werte wie Offenheit, Gleichheit und individuelle Freiheit, ihre politischen Praktiken beruhen aber auf Ausschlussmechanismen, die Zugehörigkeit und Ordnung sichern sollen. Migration kann so als Bedrohung gesehen werden, als ökonomischer Nutzen oder aber als moralische Verantwortung. Insbesondere dann, wenn Migration zur Gefahr für die nationale Sicherheit erklärt wird, verschiebt sich der Fokus von ethisch-rechtlichen Fragen hin zu sicherheitspolitischen Argumentationen.

Wie die Debatte um das Sicherheitspaket sichtbar macht, kann eine solche sicherheitszentrierte Perspektive tiefgreifende Eingriffe in die Grundrechte durch den Ausbau technischer Kontrollregime legitimieren. Der „illegale Migrant“ wird in solchen Diskursen zur unsichtbaren, potenziell gefährlichen Figur stilisiert, die mittels biometrischer Identifikationsverfahren, Datenbankvernetzungen und algorithmischer Überwachungssysteme kontrolliert werden soll. Diese Hilfsmittel versprechen einen Effizienzgewinn im administrativen Bereich – für Menschen auf der Flucht bergen sie enorme Gefahren, insbesondere an den europäischen Außengrenzen.

Der Aufbau eines solchen Überwachungsökosystems ist als „Versicherheitlichung“ zu begreifen. Forscher*innen der Internationalen Beziehungen beschreiben mit diesem Begriff einen Prozess, durch den bestimmte Themen oder Gruppen als existenzielle Bedrohungen konstruiert werden, um so besonders dringliche und außerordentliche Maßnahmen zu legitimieren. Vor diesem Hintergrund sind die geplanten Maßnahmen des Sicherheitspakets besonders brisant, da sie nicht nur einen nationalen Vorstoß darstellen, sondern auch den Weg zu einem EU-weiten Netzwerk von Gesichtserkennungsdatenbanken ebnen können.

Nach den ersten Beratungen des neuen Sicherheitspakets im Bundestag und den zuständigen Ausschüssen wurden einzelne Maßnahmen abgeschwächt – etwa die ursprünglich weitreichend geplante biometrische Internetfahndung. Aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken und anhaltender Kritik von Datenschützer*innen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde ihr Einsatz schließlich auf besonders schwere Straftaten beschränkt. Obwohl der Bundestag den Gesetzesvorhaben mit großer Mehrheit zustimmte, scheiterte das Gesetz zur Terrorismusbekämpfung im Bundesrat – allerdings nicht wegen Datenschutzbedenken, sondern weil

der CDU/CSU die Änderungen nicht weit genug gingen.

Die Union fordert mittlerweile eine noch umfassendere Ausweitung staatlicher Überwachungsbefugnisse, darunter auch die Vorratsdatenspeicherung. Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat bereits angekündigt, noch im Jahr 2025 einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen. Umstrittene Instrumente wie die biometrische Internetfahndung könnten damit erneut auf die politische Agenda rücken.

Das deutsche Sicherheitspaket zeigt exemplarisch, wie sich unter dem Vorwand von Effizienz und Prävention das Verhältnis zwischen staatlicher Macht und Grundrechten verschiebt. Migration fungiert dabei als Projektionsfläche für sicherheitspolitische Ängste, während digitale Technologien eine zentrale – oft unsichtbare – Rolle in der Etablierung autoritärer Steuerungsmechanismen einnehmen. In meiner Masterarbeit gehe ich der Frage nach, wie digitale autoritäre Instrumente in demokratischen Systemen legitimiert werden. Diese Entwicklung muss kritisch begleitet werden. Denn was heute an den Rändern der Gesellschaft erprobt wird, kann morgen zum politischen und gesellschaftlichen Normalzustand werden. ●

Literatur

Bigo, Didier: „Security and Immigration: Toward a Critique of the Governmentality of Unease“. In: *Alternatives: Global, Local, Political*, 2002, Jg. 27, H. 1, S. 63–92. DOI: 10.1177/030437540202705105.

Broeders, Dennis/Hampshire, James: „Dreaming of Seamless Borders: ICTs and the Pre-Emptive Governance of Mobility in Europe“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 2013, Jg. 39, H. 8, S. 1201–1218. DOI: 10.1080/1369183X.2013.787512.

Buonfino, Alessandra: „Between Unity and Plurality: The Politicization and Securitization of the Discourse of Immigration in Europe“. In: *New Political Science*, 2004, Jg. 26, H. 1, S. 23–49. DOI: 10.1080/0739314042000185111.

Campbell, Zach/Jones, Chris: „Leaked Reports Show EU Police Are Planning a Pan-European Network of Facial Recognition Databases“. In: *The Intercept*, 1.02.2020. Online: <https://theintercept.com/2020/02/21/eu-facial-recognition-database/> (Stand 4.06.2025).

Molnar, Petra: *Technological Testing Grounds. Migration Management Experiments and Reflections from the Ground Up*. 2020. Online: <https://edri.org/wp-content/uploads/2020/11/Technological-Testing-Grounds.pdf> (Stand 2.06.2025).